

ßenhandel entfielen 19%, auf Banken und Einlagengesellschaften 13,3%, auf Kommunikation 7,1%, auf die verarbeitende Industrie 4,9% und auf intermediäre Finanzinstitute 4,4%.

Von den 1.744 Mrd. HK\$, die 1998 als Bestand der ADI festgestellt wurden, beziehen sich 726 Mrd. HK\$ auf Investitionen mit Ursprung Hongkong, die durch Steuerparadiese zurück nach Hongkong geleitet wurden. (Census and Statistics Department Hong Kong, in: http://www.info.gov.hk/censtatd/eng/pres.../exinv_1298.ht) -schü-

35 Anstieg der Einkommensunterschiede

Der Unterschied zwischen Arm und Reich ist in Hongkong gestiegen, wie ein vor kurzem veröffentlichter Bericht zeigt, der für den Hong Kong Council of Social Service erstellt wurde. Die Zahl der Familien in Armut hat zugenommen, der Lebensstandard vieler alter Menschen ist niedrig und es gibt eine steigende Jugendarbeitslosigkeit. Dieses Auseinanderfallen der Entwicklung kontrastiert mit dem allgemein wachsenden wirtschaftlichen Wohlstand in der Untersuchungsperiode 1981 bis 1998.

Die Studie unterscheidet vier unterschiedliche Gruppen in der Gesellschaft: 1. die Gruppe der „well off“, deren soziale Position und Status sie nahezu immun gegen Veränderungen der Wirtschaft macht; 2. die Gruppe der „socially secure“, die gute Jobs besitzen und damit außer bei extremen Veränderungen abgesichert sind; 3. die Gruppe der „socially insecure“, die zwar eine Beschäftigung und ihr Auskommen haben, aber auch Probleme damit, sowie 4. die Gruppe der „underclass“, die weitgehend verarmt ist und sich kaum aus ihrer Armut selbst befreien kann.

Zwischen 1986 und 1998 nahm der Studie zufolge der Anteil der untersten Einkommensgruppe von 10% auf 16% zu. Hintergrund hierfür war die Verdoppelung der Anzahl der Arbeitslosen in der untersten Einkommensgruppe auf 20% bis zum Jahre 1998, das Stagnieren der Reallöhne zwischen 1991 und 1998 und die Tatsache, dass in der untersten Einkommensgruppe 70% für Nahrungsmittel,

Wohnung und Transport ausgegeben werden. (SCMP, 22.6.00)

Die Studie stellte auch fest, dass die Einkommen der am wenigsten verdienenden 20% der Bevölkerung in den letzten vier Jahren um 27,7% zurückgegangen sind. Dagegen stiegen die Einkommen der am meisten verdienenden Einkommensgruppe um 4,2%. Hierin wird die Zunahme der Einkommensunterschiede vor allem deutlich. (SCMP, 20.7.00) -schü-

SVR Macau

36 Tränengas gegen Demonstranten

Zum ersten Mal seit der „Kulturrevolution“ setzte die Polizei Tränengas ein. Mit acht Tränengaseinsätzen und einem Wasserwerfer löste sie am 2. Juli eine dreistündige Sitzblockade von etwa 100 Demonstranten auf einer belebten Kreuzung im Inneren Hafen auf. Sie hatten mit Steinen und Bambusstangen von Baugerüsten auf Polizisten, Passanten und Journalisten geworfen und versucht, die festgelegte Route zu verlassen. Acht Demonstranten wurden festgenommen, verhört und dann wieder freigelassen; fünf von ihnen drohen Anklagen. Nach Macauer Gesetz muss das Gericht Anklage erheben, nicht die Polizei. Die Demonstration hatte mit 230 unbeschäftigten Arbeitern begonnen, die gegen die Einfuhr billiger Arbeitskräfte - vor allem aus China und den Philippinen - protestierten. Angesichts starker Polizeipräsenz verließen viele rechtzeitig das Gebiet. Den 100 Arbeitslosen, die das Sit-in veranstalteten, standen ebenso viele Polizisten gegenüber. Nachdem die Demonstranten mehrere Ultimaten der Polizei zum Abbruch der Blockade ignoriert hatten, autorisierte der Kommandeur der öffentlichen Sicherheitspolizei, Jose Proenca Branco, den Einsatz von Tränengas. „Die Polizei hätte nicht Tränengas einsetzen sollen wie es die portugiesischen Kolonialisten taten, als sie 1966 Demonstrationen ortsansässiger Chinesen unterdrückten“, beschwerte sich ein Demonstrant. Der Demokratieaktivist Ng Kuok-cheong, Mit-

glied der Legislativversammlung, und der unabhängige Gewerkschaftsaktivist Antonio Lou kritisierten die Demonstranten wegen des Steinwerfens. Regierungschef Edmund Ho verteidigte das Vorgehen der Polizei; sie hätte nur die „adäquaten und notwendigen Massnahmen“ ergriffen. Die Polizei hätte sich für den Tränengaseinsatz entschieden, um gewalttätige Zusammenstöße zu verhindern. „Keiner möchte, dass so etwas wieder passiert.“ Es war dies bereits die vierte Demonstration in zwei Monaten. (SCMP, 3., 4., 8.7.00) -ljk-

37 Wirtschaftsnachrichten

Macau erzielte in den ersten fünf Monaten dieses Jahres einen Außenhandelsüberschuss von 410 Mio. MPtc (51,25 Mio. US\$). Der Überschuss schnellte nach Angaben des Statistikamts der SVRM im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 299,4% in die Höhe. Exporte machten 7,15 Mrd. MPtc (893,75 Mio. US\$) und Importe 6,74 Mrd. MPtc (842,5 Mio. US\$) aus. Hauptausfuhr Güter waren nach wie vor Textilien und Kleidung, die 82,1% aller Exportwaren ausmachten. Die meisten Exporte gingen mit 45,6% in die USA und mit 30,5% in die EU. Exporte in die VR China und die SVR Hongkong erreichten 18%. Importe stammten meist aus dem asiatisch-pazifischen Raum; die VR China und die SVR Hongkong waren mit 56,3% die Hauptlieferländer. Waren aus den USA und der EU machten 13,4% aus. (XNA, 18.7.00)

Im ersten Halbjahr 2000 kamen 4.365.670 Besucher, eine Zunahme um 20,8% im Vergleich zum selben Zeitraum 1999. Besucher aus Hongkong machten 54% aus, 10,2% mehr als im Vergleichszeitraum 1999. Besucher aus der VR China und Südkorea nahmen um 56,9% und 31,9% zu. Im Juni lag die Zahl mit 649.112 Besuchern um 16% höher als im Juni 1999. (XNA, 20.7.00) -ljk-

38 Ende des Glücksspielmonopols in Sicht

Die Glücksspielkonzession für das Kasino-Konsortium STDM (Sociedade de Turismo e Diversões de Macau, Macau Tourism and Amusement

Co.) des Stanley Ho, die 2001 ausläuft, soll nicht verlängert werden. Dies verlautete aus Regierungskreisen. Offiziell soll die Entscheidung aber erst nächstes Jahr publik gemacht werden. Die Glücksspiellizenzen sollen an mehrere konkurrierende Betreiber vergeben werden, wodurch sich die Regierung größere Einnahmen erhofft. Stanley Hos Kasinos werden jedoch ihre Lizenzen behalten. Die Regierung setzte eine fünfköpfige Kommission mit Edmund Ho an der Spitze zur Untersuchung der Entwicklung dieser Industrie ein und wird Berater aus den USA und aus Australien verpflichten, die ihr bei der Umstrukturierung helfen. Glücksspiel ist in Macau seit 1847 erlaubt, als die ersten Lizenzen an Spielhöhlen vergeben wurden. Die Portugiesen entschieden sich für diese Maßnahme, als die öffentlichen Einnahmen nach der Einnahme Hongkongs durch Großbritannien spärlicher wurden. Das Kasinomonopol besteht seit 63 Jahren; 1937 bekam es die Tai Heng Company.

Die Konzession war 1962 von einem Hongkonger Investoren-Konsortium (darunter der Hongkonger Milliardär Sir Henry Fok) unter Leitung von Stanley Ho Hung-sun bei einer öffentlichen Ausschreibung für 410.000 US\$ erworben worden. (FEER, 9.12.99, S.9) Der Glücksspielsektor trägt 40% zum Haushalt bei. An Monopolsteuer erhält die Regierung zur Zeit 31,8% der Gesamteinnahmen der STDM; 1999 nahm sie so 4,2 Mrd. MPtc (550 Mio. US\$) ein. STDM betreibt zehn Kasinos in Macau, aber auch Hotels und die Hochgeschwindigkeits-Fähren, während sich ihre Tochtergesellschaften um alle anderen Glücksspiel- und Wettgeschäfte kümmern. Ferner ist STDM am Bankwesen, an der Luftfahrt, dem Flug- und Seehafen, dem Fernsehen und der Elektrizitätsgesellschaft sowie an Immobiliengeschäften und Landgewinnungsprojekten beteiligt. Das Reinvermögen von STDM belief sich 1999 auf 22,9 Mrd. MPtc, der Reingewinn betrug 762 Mio (etwa 100 Mio. US\$). 10.000 Personen, 5% des Arbeitskräftepotenzials Macaus, sind bei STDM beschäftigt. (SCMP, 18.7.00; *The Wall Street Journal*, 19.7.00) -ljk-

Taiwan

39 Rücktritt des Vizepremiers nach tödlichem Kompetenzwarr bei Rettungsaktion

Ein dramatischer Überlebenskampf mit fatalem Ausgang erschütterte am 23./24. Juni die taiwanische Öffentlichkeit und löste die bisher gravierendste Regierungskrise seit Amtsantritt von Präsident Chen Shui-bian aus.

Im mitteltaiwanischen Kreis Chiayi (Jiayi) waren am Nachmittag des 23. Juni vier Bauarbeiter, drei Männer und eine Frau, mit Arbeiten in einem Flussbett beschäftigt, als das Gewässer plötzlich anschwell und die vier auf einer höher gelegenen Stelle direkt oberhalb eines Kataraktes einschloss. Inmitten der weiter steigenden Flut harrten sie drei Stunden lang vergebens auf Hilfe, ehe die tosenden Wasser sie unter den Augen von Verwandten und laufenden Fernsehkameras fortrissen. Alle vier ertranken.

Die im taiwanischen Fernsehen ausgestrahlten Bilder des gescheiterten Überlebenskampfes gewannen ihre politische Dimension auf Grund der Unfähigkeit staatlicher Stellen, die vier beizeiten zu bergen. Ins Kreuzfeuer der Kritik geriet zunächst die Feuerwehr, die, als sie um Hilfe angegangen wurde, die Luftwaffe bat, einen Hubschrauber zu schicken. Dies geschah gegen 17.55 Uhr. Der Luftwaffenstützpunkt Chiayi teilte der Feuerwehr jedoch nur mit, sie müsse die Bitte ablehnen, da sie nur für Einsätze oberhalb von 2.500 Metern Seehöhe zuständig sei; für geringere Höhen - wie im vorliegenden Fall - läge die Zuständigkeit bei der Polizei. An diese wandte sich die Feuerwehr um 18.20 Uhr. Deren nächste Hubschrauberstaffel befand sich jedoch nicht im Kreis Chiayi, sondern in Taichung, ca. 80 km entfernt. Dort begann man mit den Startvorbereitungen. Als die vier gegen 19.05 Uhr fortgespült wurden, war der Hubschrauber nach widersprechenden Meldungen gerade gestartet oder noch am Boden. (Verschiedene Medien machten hinsichtlich der zeitlichen Abfolge unterschiedliche Angaben, die jedoch am Kerngehalt des

Vorfalles und der daraus resultierenden Vorwürfe nichts ändern.)

Die Fernsehberichterstattung über die Tragödie löste eine landesweite Woge der Empörung aus. Ministerpräsident Tang Fei, der unmittelbar nach dem Vorfall eine strenge Bestrafung der Verantwortlichen und eine Verbesserung des Notfallsystems angekündigt hatte, bot schließlich seinen Rücktritt an. Dieser wurde jedoch von Präsident Chen, für den Tang Fei derzeit unverzichtbar ist, abgelehnt. Daraufhin übernahm Vizepremier Yu Shyi-kun (You Xikun), der im Kabinett für Notrettungseinsätze zuständig ist, die politische Verantwortung, obwohl er in diesem speziellen Fall nicht involviert gewesen war.

Am Tag nach der Katastrophe kam es zu einer Demonstration und zu Handgreiflichkeiten vor dem Luftwaffenstützpunkt von Chiayi, dessen Leiter unter Hinweis auf die Bestimmungen und die Befehlswege - Hilfseinsätze nur auf Befehl des Verteidigungsministeriums - jede Verantwortung von sich wies. Tang Fei erklärte später, der Polizeichef, zwei Generäle und elf andere Beamte hätten mit einer Rüge oder einer Degradierung zu rechnen. Der Leiter der nationalen Feuerwehrverwaltung sowie der Generaldirektor der nationalen Polizeibehörde traten von ihren Posten zurück.

Der Vorfall bestätigt Eindrücke, die auch schon das große Erdbeben vom September letzten Jahres hinterließ, dass nämlich Katastrophen- und Rettungspläne in Taiwan bislang nicht auf Effizienz hin optimiert wurden, sondern im Ernstfall unter Bürokratie und Kompetenzgerangel leiden - wenn es drauf ankommt, mit tödlichen Folgen. Die Feuerwehr klagte zudem über mangelnde Ausrüstung. So war es nicht möglich gewesen, ein Seil zu den Eingeschlossenen hinüberzuschleßen, um sie ans Ufer zu ziehen.

Gleichzeitig wirft die Tragödie ein Licht auf den auch in Taiwan zuweilen übermächtigen Einfluss der Medien. Nach der Fernsehberichterstattung konnte nur noch ein Opfer in höchster Position die Regierung retten. Die Opposition nutzte die Gunst der Stunde, moralisch aufzutrumphen. Der Sprecher der PFP, Sun Ta-chien (Sun Daqian), beispielsweise erklärte in einer Pressekonferenz: „Es gibt keinen Unterschied zwischen dieser inkompetenten Regierung und einem Mörder“. (Taipei Times, Internetausgabe, 24.,